Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

02.04.2013 Nr. 03b

Inhalt:

Neue Fraktion im Stadtrat	S. 01	Gutshofgelände soll öffentlich bleiben	S. 07
Hinweis auf Sitzung des Ortsausschusses	S. 02	Jusos beim Schulfest des Gymnasiums	S. 08
Gründung einer Juso-AG Papenburg	S. 03	SPD-Arbeitsgruppe Aschendorf	S. 10
Ablehnung einer HTVA	S. 04	SPD gegen Tiefflüge	S. 11
Veranstaltungen der Juso-AG	S. 05	Selbständigkeit der SPD Aschendorf	S. 12
Grundwasser im Emsland	S. 06		

JANUAR 1988

Neue Fraktion im Stadtrat

Abgeordnete Eissing, Geber und Arens schlossen sich zusammen

H. B. Papenburg. — Die Arbeit im Papenburger Stadtrat wird künftig durch eine neue Fraktion bereichert. Wie die Abgeordneten Volker Eissing, Valentin Geber und Lambert Arens mitteilen, haben sie sich zu einer neuen Fraktion unter dem Namen „Kommunalpolitischer Arbeitskreis" zusammengeschlossen.

Volker Eissing war bei den Kommunalwahlen 1986 als Kandidat auf der Liste der Unabhängigen Wählergemeinschaft in den Rat gewählt worden. Er schloß sich hier der CDU-Fraktion an. Über deren Liste war auch Valentin Geber neu in das Stadtparlament gewählt worden. Lambert Arens ist seit nahezu 30 Jahren Mitglied der SPD. Seit mehr als 20 Jahren ist der Obenender Ratsherr in der Kommunalpolitik tätig.

Wie die drei Abgeordneten mitteilen, liegen ihnen „die Erhaltung des Wasserwerks für die Trinkwasserversorgung, verkehrspolitische Maßnahmen zur Eindämmung der Unfallgefahr am Splitting sowie die langfristigen Chancen zur Entwicklung und Förderung der Region Papenburg-Aschendorf besonders am Herzen".

Weiter heißt es in einer kurzen Stellungnahme der Fraktion „Kommunalpolitischer Arbeitskreis", deren Vorsitzender Volker Eissing sein wird, daß man „um das für eine erfolgreiche Kommunalpolitik unablässige Augenmaß und um die politische Mitte" bemüht sein will.

Ems-Zeitung 21.01.1988

Keine Kursänderungen

Von Hans Brauer

Der Zusammenschluß der drei Ratsherren Volker Eissing, Valentin Geber und Lambert Arens zur Fraktion „Kommunalpolitischer Arbeitskreis" bringt die Stadtratspolitik zwar nicht ins Wanken, dennoch gibt dieser Wechsel Anlaß, über die Gründe der „Abweichler" nachzudenken. Alle drei bekennen freimütig, mit der Arbeit in ihren Fraktionen unzufrieden zu sein. Das bedeutet im Klartext: Vorschläge, die Eissing und Geber in der CDU-Fraktion und Lambert Arens in der SPD-Fraktion auf den Tisch legten, fanden nicht die notwendige Beachtung bzw. Mehrheit. Das läßt sich auch umgekehrt ausdrücken: Das, was die Mehrheit in den beiden großen politischen Lagern des Stadtrates für nötig und wichtig hielt, traf meistens nicht den Geschmack dieser drei Abgeordneten.

Nimmt man die Ratsarbeit des letzten Jahres zum Maßstab, so erscheint der Schritt in die kommunalpolitische Eigenständigkeit bei Volker Eissing und Valentin Geber durchaus logisch. Beide haben sich ganz gezielt einige Brennpunkte in der städtischen Politik aufs Korn genommen, die sie augenscheinlich als selbständige Fraktion nun noch konsequenter verfolgen wollen.

Im Fall Lambert Arens liegt die Sachlage doch wohl anders. Er ist seit 28 Jahren Mitglied der SPD und seit mehr als 20 Jahren Mandatsträger auf Kreis- und Stadtebene. Wenn ein derart erfahrener „kommunaler Hase" noch das Revier wechselt, dann muß ihn tiefer Frust, aber möglicherweise auch eine gehörige Portion Schläue zu diesem Schritt getrieben haben. Arens wird immerhin Mitglied des Verwaltungsausschusses, was ihm bei der SPD verwehrt wurde.

Nicht nur die nach wie vor klare Mehrheit der CDU, auch die seit Jahren praktizierte Einigkeit der beiden großen Ratsparteien in allen wichtigen Sachfragen läßt in nächster Zeit wesentliche Kursänderungen als Folge des Fraktionswechsels der drei Abgeordneten nicht erkennen. Mehr Arbeit bekommen auf jeden Fall Volker Eissing, Valentin Geber und Lambert Arens. Sie müssen sich mächtig sputen, wenn sie ihre Mitarbeit in allen Ausschüssen gewährleisten wollen. Darüber hinaus wird ihnen die Einsicht nicht erspart bleiben, daß Einigkeit in der Politik auch in Minifraktionen keineswegs selbstverständlich ist . . .

Ems-Zeitung 23.01.1988

CDU verliert in den Ausschüssen einen Sitz

Neue Fraktion zwingt zu Umbesetzungen

H.B. Papenburg. — Der Entschluß der Ratsherren Geber (CDU), Arens (SPD) und Eissing (Unabhängige Wählergemeinschaft), eine eigene Fraktion mit dem Namen „Kommunalpolitischer Arbeitskreis" zu bilden, wird zu einer weitreichenden Umbesetzung der Ratsausschüsse führen.

Vor allen Dingen die CDU-Fraktion ist von dieser Regelung betroffen. Sie verliert im Verwaltungs- und in den Fachausschüssen jeweils einen Sitz. Dem Verwaltungsausschuß gehören insgesamt neun Ratsherren an: Sechs stellte bisher die CDU, zwei die SPD und einen die FDP. Die künftige Verteilung der Sitze sieht wie folgt aus: CDU fünf Sitze, SPD zwei Sitze, FDP und Kommunalpolitischer Arbeitskreis jeweils einen Sitz.

Wie die neugebildete Fraktion mitteilt, wird Lambert Arens in den Verwaltungsausschuß einziehen. Die CDU muß noch festlegen, wen sie aus diesem Gremium „entfernt".

Die Neubesetzung der Ausschüsse muß in der nächsten Ratssitzung am 10. März beschlossen werden. Mit 21 Sitzen behält die CDU-Fraktion nach wie vor die absolute Mehrheit. Der SPD gehören acht Ratsvertreter, der FDP fünf und dem „Kommunalpolitischen Arbeitskreis" drei Abgeordnete an.

Ems-Zeitung 23.01.1988

Sitzung des SPD-Ortsausschusses

Papenburg. — Am 1. Februar um 20 Uhr, findet in der Gaststätte „Zum Goldenen Anker", Mittelkanal rechts 12, 2990 Papenburg, die nächste SPD-Ortsausschußsitzung statt. Es werden u. a. neben aktuellen kommunalpolitischen Problemen die Fraktionsveränderungen im Rat der Stadt Papenburg diskutiert. Alle SPD-Mitglieder und interessierte Freunde sind herzlich eingeladen, um sich über anstehende Entscheidungen im Rat der Stadt Papenburg und der Gemeinde Rhede zu informieren und den Mandatsträgern der SPD ihre Sorgen und Anregungen mitzuteilen.

Ems-Zeitung 27.01.1988

Juso-AG Papenburg wurde gegründet

Seemann begrüßt „politisches Engagement“

Papenburg (jd). — Seit Montag gibt es in Papenburg wieder eine Arbeitsgemeinschaft von Jungsozialisten (Juso-AG). Rund 20 interessierte Jugendliche trafen sich in der Gaststätte „Zum Goldenen Anker“, um über zukünftige Möglichkeiten politischer Arbeit zu diskutieren.

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Roland Seemann informierte während der Versammlung zunächst über die Position der Jungsozialisten innerhalb der Partei und blickte kurz auf die Geschichte der SPD-Nachwuchsorganisation zurück.

Er begrüßte die Gründung der Papenburger Juso-AG und lobte das „politische Engagement“ der jungen Leute. Nur wenige Jugendliche würden derzeit an der Politik des SPD-Ortsvereins mitarbeiten. „Dabei ist es schließlich Eure Welt, in die ihr hineinwachst“, betonte er.

Barbara Gruner, Mitbegründerin der AG und langjähriges Juso-Mitglied, freute sich über den „überraschend guten Besuch“ der Versammlung und brachte erste Anregungen für zukünftige Aktivitäten ins Gespräch. So könnten sich die Papenburger Jusos zum Beispiel an den Ostermärschen beteiligen oder eine Veranstaltung zum diesjährigen 50. Jahrestag der Reichskristallnacht planen.

Ein weiteres Mitglied der Versammlung schlug vor, mal einen politischen Jazzpianisten einzuladen oder ein Kabarettprogramm auf die Beine zu stellen. Ein kurzer Videofilm informierte über die Arbeit verschiedener anderer Juso-Gruppen.

Die Jugendlichen einigten sich darauf, sich nächstes Mal am 8. Februar und dann regelmäßig am zweiten und vierten Montag eines Monats zu treffen. Der Versammlungsort soll rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Ems-Zeitung 27.01.1988

AUGUST 1988

Papenburger SPD lehnt Bau einer HTVA zum jetzigen Zeitpunkt ab

Seemann: Überzeugendes Konzept zur Müllvermeidung fehlt - Keine zusätzlichen Arbeitsplätze

Papenburg (hin). — Die Papenburger SPD lehnt den Bau einer Hochtemperaturverbrennungsanlage (HTVA) zum gegenwärtigen Zeitpunkt grundsätzlich ab. Der Ortsverein stimmte am Mittwochabend mit großer Mehrheit für eine entsprechende Beschlußvorlage des Vorstandes.

In dem Antrag der Parteiführung heißt es, eine HTVA dürfe es so lange nicht geben, „bis ein überzeugendes Konzept zur Verminderung, Vermeidung und Verwertung von Müll verwirklicht" sei. SPD-Vorsitzender Roland Seemann erklärte dazu, in der gegenwärtigen Situation werde durch den Bau eines solchen Verbrennungsofens der Industrie Vorschub geleistet, noch mehr Sondermüll zu produzieren. Das Umweltministerium in Hannover lasse es an einem schlüssigen Konzept zur Vermeidung und Verwertung der giftigen Abfallstoffe fehlen. Veraltete Produktionsstrukturen würden konserviert, die Entwicklung alternativer Entsorgungstechniken aus finanziellen Gründen vernachlässigt.

„Wenn morgen die HTVA in Dörpen steht, wird die Sondermüllproduktion so weitergehen wie heute", prognostizierte der SPD-Vorsitzende. Die Sozialdemokraten hätten sich die Entscheidung nicht leichtgemacht. Der Beschluß sei das Ergebnis intensiver Studien, betonte Seemann.

Einig waren sich die SPD-Mitglieder, daß ein Rest unvermeidbarer Giftstoffe nur durch Verbrennung entsorgt werden könne. „Aber was jetzt z. B. in Biebesheim verbrannt wird", so Roland Seemann, „ist bei weitem nicht der unvermeidbare Rest." Die Möglichkeiten zum Recycling seien nicht ausgeschöpft und würden vom „Ankündigungsminister" Werner Remmers zu wenig in Erwägung gezogen.

Die Sozialdemokraten erwarten von einer HTVA in unserer Region keine positive Arbeitsplatzbilanz. Der Betrieb einer Anlage mit einer Kapazität von 30 000 Tonnen biete etwa 50 Arbeitnehmern einen qualifizierten Arbeitsplatz. Da jedoch in der Hauptsache Spezialisten gefragt seien, werde der Beschäftigungsimpuls im Emsland gering bleiben.

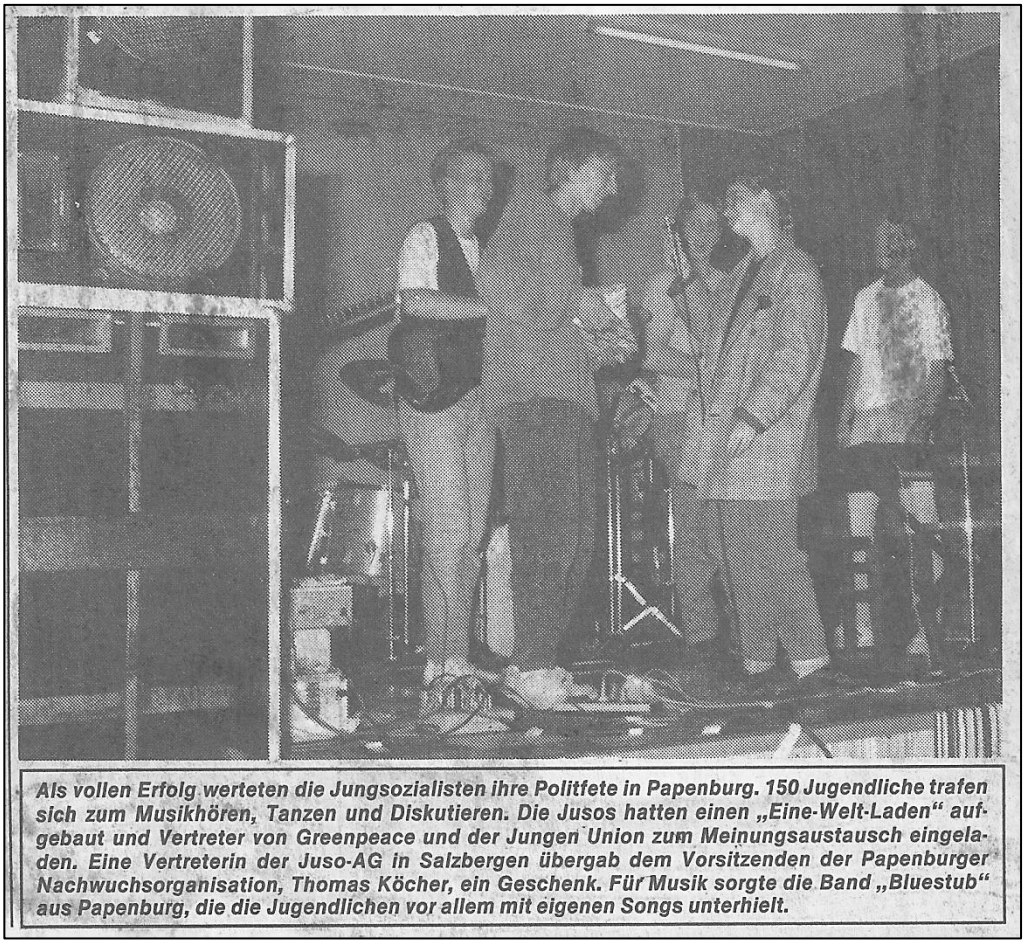
Die Ansiedlung von Nachfolgeindustrien sei keineswegs gesichert, so der SPD-Vorstand in der Begründung des Antrages. Ein möglicher Anreiz, eine Produktionsstätte in der Nähe einer HTVA anzusiedeln, sei die bei der Müllverbrennung entstehende Abwärme. Durch eine Kopplung an die Anlage könnten die Betriebe einen

Fortsetzung

Teil ihrer Energiekosten einsparen. In Dörpen jedoch soll die gesamte Prozeßwärme von der Nordland-Papierfabrik genutzt werden, so daß andere Unternehmen daraus keinen Nutzen mehr ziehen könnten. Als Investitionsanreiz bliebe deshalb allenfalls noch die Nähe zum Verbrennungsofen für Betriebe mit einem hohen Sondermüllausstoß. Die Ansiedlung solcher Problemindustrien sei jedoch „nicht wünschenswert", so die SPD. Zudem würden die Arbeitsplätze im Gartenbau und in der „Wachstumsbranche Fremdenverkehr" gefährdet.

Ems-Zeitung 12.08.1988

SEPTEMBER 1988



Als vollen Erfolg werteten die Jungsozialisten ihre Politfete in Papenburg. 150 Jugendliche trafen sich zum Musikhören, Tanzen und Diskutieren. Die Jusos hatten einen „Eine-Welt-Laden" aufgebaut und Vertreter von Greenpeace und der Jungen Union zum Meinungsaustausch eingeladen. Eine Vertreterin der Juso-AG in Salzbergen übergab dem Vorsitzenden der Papenburger Nachwuchsorganisation, Thomas Köcher, ein Geschenk. Für Musik sorgte die Band „Bluestub" aus Papenburg, die die Jugendlichen vor allem mit eigenen Songs unterhielt.

EZ Kurier 07.09.1988

Unter dem Motto: »Feiern, diskutieren und Musik« veranstaltete die Juso-AG Papenburg vergangenen Samstag eine Fete. Die rund 150 Jugendlichen hatten Gelegenheit, mit den Jungsozialisten, Vertretern von Greenpeace, der Jungen Union und des »Eine Welt Laden« zu diskutieren. Die Gruppe »Bluestub« aus Papenburg heizte den Gästen mit meist selbst komponierten Stücken musikalisch ein. Foto: Ahlders

Von Haus zu Haus 07.09.1988

Grundwasser im Emsland verseucht?

SPD Papenburg: Bundesgesundheitsamt ermittelte schockierende Werte

Papenburg. — Mit großer Sorge erfüllte den Ortsausschuß der Papenburger SPD auf seiner letzten Sitzung der Bericht eines Mitgliedes über den Inhalt der Fernsehsendung „Gesucht wird . . . sauberes Trinkwasser" vom 11. August (20.15 Uhr, ARD). Seit Jahren ist die Öffentlichkeit über die Grundwasserbelastungen durch Nitrate aufgrund der Gülle- und Kunstdüngerflut informiert. Jetzt mußte man aber zur Kenntnis nehmen, daß dem Trinkwasser eine noch weitaus größere Gefahr droht, auf die die Fernsehreporter bei den Recherchen für ihren Bericht gestoßen waren.

Jahr für Jahr werden 30 000 Tonnen Pflanzenschutzmittel versprüht. Die herstellende Industrie hatte bisher behauptet, daß die Pestizide in wenigen Tagen oder Wochen zerfallen und nicht in das Grundwasser gelangen können. Die Biologische Bundesanstalt, zuständig für die Zulassung, hatte die Behauptungen der Hersteller bestätigt. Heute weiß man, daß das nicht stimmt. Obwohl die Analyseverfahren noch in den Kinderschuhen stecken, kann man bereits einen Teil der fast 300 verschiedenen Pestizid-Wirkstoffe im Wasser nachweisen. Das ist besonders tragisch, weil die einmal im Wasser enthaltenen Pestizide nie mehr vollständig herausgeholt werden können, nicht einmal mit Aktivkohlefiltern. Bei diesem sehr teuren Verfahren – nur große Wasserwerke können es sich leisten – würden nur wenige der verschiedenen Gifte festgehalten werden, dafür aber neue entstehen, wie z. B. krebserregende Nitrosamine.

Der Fernsehbericht war gerade für unsere Gegend besonders alarmierend. Es wurde nämlich aufgedeckt, daß im Emsland in größeren Mengen immer noch das als eindeutig krebserregend eingestufte Pestizid 1,3-Dichlorpropen gegen Würmer in Kartoffelanbauflächen in die Böden gebracht wird. Sogar das Bundesgesundheitsamt hat im Emsland bereits Messungen durchgeführt und dabei schockierende Werte festgestellt, ohne daß die Öffentlichkeit davon erfuhr. Im oberflächennahen Grundwasser lag der Spitzenwert 86-tausendfach über dem Grenzwert! Vor Dichlorpropen wurden bereits vor einem Jahr alle Ministerien gewarnt, auch das Bundesgesundheitsministerium, das ebenso wie das Bundesgesundheitsamt in der Sendung scharf kritisiert wurde.

Eine Woche nach dieser aufsehenerregenden Sendung erschien in der hiesigen EZ eine Veröffentlichung des Pflanzenschutzamtes Meppen, wonach die Zulassung von dichlorpropenhaltigen Mitteln „ausgelaufen" sei, Restbestände außerhalb von Wasserschutzgebieten aber weiterhin angewendet werden dürften. Dafür konnten die Papenburger SPD-Mitglieder nun überhaupt kein Verständnis aufbringen. Ob denn etwa die Grundwasserströme vor Wasserschutzgebieten umdrehen würden, wurde sarkastisch gefragt. Überhaupt ergab sich nach Meinung der Versammlungsteilnehmer aufgrund der jetzt schon bekannten Fakten eine Reihe von Fragen, die von den zuständigen Behörden und vom Kreistag umgehend geklärt werden muß:

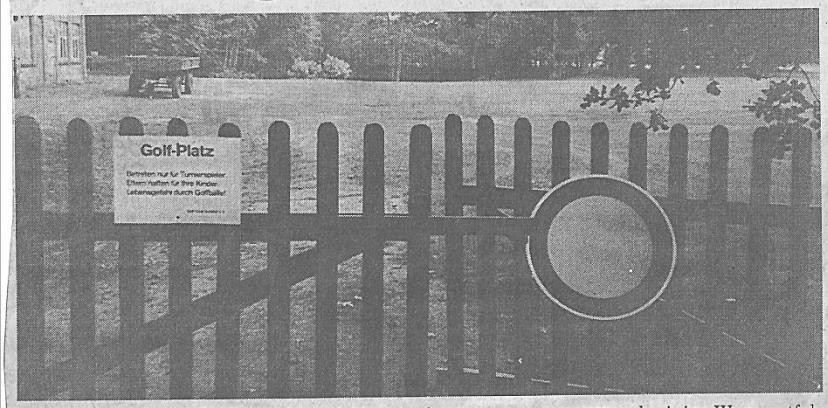
- An welchen Stellen im Emsland hat das Bundesgesundheitsamt gemessen und mit welchen Ergebnissen?
- Wer wurde darüber informiert?
- Seit wann weiß die Kreisverwaltung von den Messungen und Ergebnissen?
- Wurde auch nach anderen Giften, evtl. Aldicarb u. ä., gesucht und mit welchem Ergebnis?
- Ist auch bereits das Trinkwasser in emsländischen Orten gefährdet oder gar pestizidverseucht?
- Warum wird die Anwendung von Dichlorpropen nicht sofort ausnahmslos verboten?
- Wie kann eigentlich in der Praxis überwacht werden, daß die Hinweise des Pflanzenschutzamtes und die bei Ausnahmegenehmigung erteilten Auflagen eingehalten werden?

Mit Spannung erwartet werden auch die Antworten auf Anfragen der niedersächsischen SPD-Abgeordneten Inge Lemmermann und Uwe Bartels zu diesem Thema an die Landesregierung. Ebenso hat auch die Kreistagsfraktion der SPD sich des Themas angenommen und sofort Anfragen an die Kreisverwaltung gestellt.

In diesem Zusammenhang verwies der neue Ortsvereinsvorsitzende Peter Raske auf das seit längerem von der SPD geplante „Forum Wasser", das am 14. Oktober stattfinden wird. Die Bedeutung dieser Veranstaltung könne angesichts der immer neuen Schreckensmeldungen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Ems-Zeitung 09.09.1988

Gutshofgelände ist öffentlich



Papenburg / Aschendorf. In seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt sah sich jüngst ein Spaziergänger, als er das rund 40 Hektar große Gelände des ehemaligen Gutshofes in Aschendorfermoor betreten wollte. Hinweisschilder mit der Aufschrift ›Betreten nur für Turnierspieler‹ machten ihn stutzig. Das seit einigen Wochen vom neugegründeten Golf-Club-Gutshof Papenburg-Aschendorf genutzte Grundstück sollte doch laut Ratsbeschluß für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben.

»Das ist auch so«, versicherte der 2. Vorsitzende des Vereins, Wolf-Jürgen Brickenstein. Doch aufgrund des Spielbetriebes und der damit zusammenhängenden Gefahren für Fußgänger seien Vorsichtsmaßnahmen erforderlich. Mit der Anlegung des Golfplatzes seien zwar auch einige Wege entfallen, doch habe man seitens des Clubs alternative Spazierpfade ausgewiesen.

Nach wie vor, so auch Papenburgs Stadtkämmerer Hans-Josef Hermanns, stehe das ehemalige Gutshofgelände Erholungssuchenden zur Verfügung. Erreicht werden könne es unter anderem über den Lerchenweg, über die Kreisstraße 151 und über die Gutshofstraße.

An Von Haus zu Haus

Leser-Echo

Verstoß gegen Auflagen

Als der Rat der Stadt Papenburg dem Golfclub das Gelände am Gutshof überließ, geschah dies mit der ausdrücklichen Auflage, das Clubgelände als Naherholungsgebiet für alle Bürger der Stadt öffentlich zugänglich zu halten.

Bei einer Begehung am letzten Freitag mußten wir leider feststellen, daß das gesamte Golfgelände inzwischen weitgehend eingezäunt bzw. mit Stacheldraht umzogen ist und alle Schilder »Öffentlicher Weg« entfernt und durch Verbotsschilder ersetzt wurden. Für den Spaziergänger gibt es praktisch kein geschlossenes Wegenetz mehr; alle Wege sind durchschnitten und abgeschnitten, nicht einmal ein Rundgang um das Gelände ist möglich. Der neugeschaffene Fünf-Minuten-Weg von der Dieckhausstraße zum Lerchenweg ist alles andere als ein gleichwertiger Ersatz für die gesperrten Wege.

Glaubt der Golfclub etwa, auf diese Weise die Sympathie der Bevölkerung zu gewinnen? Man muß doch eher den Eindruck haben, als lege er darauf überhaupt keinen Wert! Wer dann aber noch glaubt, die Golfanlage sei eine besondere Attraktivität für Papenburg, der muß sich die Frage gefallen lassen, wen in Papenburg er wohl meine, die durch die jetzige Wegeführung ausgeschlossenen 99,99 % der Bevölkerung oder nur die 0,01 % derjenigen, die sich diesen – zweifellos schönen – Sport leisten können?!

Für uns ist die jetzt geschaffene Situation auf und um das Gelände herum untragbar. Die bisher getroffenen und offensichtlich noch geplanten Maßnahmen sind ein eindeutiger Verstoß gegen den Ratsbeschluß. Diesen Verstoß werden wir auf keinen Fall akzeptieren. Wir fordern deshalb die Verwaltung auf, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß dem Ratsbeschluß Rechnung getragen wird.

Dazu gehören:

1. Sofortige Entfernung des Stacheldrahts, der z. T. – verbotener Weise – direkt an die Bäume genagelt wurde und der außerdem das Rehwild gefährdet.
2. Entwurf und Errichtung eines geschlossenen Wegenetzes, das den Sportbetrieb zwar nicht stört, das gesamte Gelände aber zugänglich hält, die Sicherheit der Spaziergänger gewährleistet und die Beobachtung des Spielbetriebs von jeder Stelle aus ermöglicht.

Außerdem fordern wir die Verwirklichung unseres alten Vorschlags, dieses Wegenetz mit dem Trimmparcours des Waldstadions zu verknüpfen.

Die Erfüllung dieser Forderungen muß unserer Ansicht nach auch im Interesse des Golfclubs liegen, wenn er auf Dauer von der Bevölkerung akzeptiert und tatsächlich als Bereicherung für alle betrachtet werden will.

Roland Seemann,
Fraktionsvorsitzender
der SPD im
Stadtrat Papenburg

Von Haus zu Haus 28.09.1988

„Kein Verstoß gegen Auflagen“

Der Golf-Club Gutshof e. V. verwahrt sich energisch gegen Form und Inhalt des Leserbriefes von Roland Seemann. Wir stellen richtig:

1. Der Golf-Club hat gegen keine Auflage verstoßen!

2. Alle bisher öffentlichen Fußwege im Bereich des Gutshofs sind wie bisher ohne Einschränkung zugänglich!

3. Ein einziger Weg wurde geschlossen. Grundlage hierfür ist der genehmigte Bauplan. Die betreffende Waldschneise wurde – ohne einen Baum zu fällen – zur Spielbahn. Diese Genehmigung war absolut sinnvoll. Auf freiwilliger Basis hat hierfür der Golf-Club ein Ersatzwegenetz geschaffen, daß sowohl von seiner Länge als auch von der Durchquerungsrichtung absolut gleichwertig ist!

4. Ein vollständiger Rundgang um das gesamte Gelände ist zu keiner Zeit möglich gewesen. Solche Wege hat es nie gegeben. Der Golf-Club hat deshalb weder solche Wege durchschnitten noch abgeschnitten, wie behauptet wird.

5. Beim Golfsport wird ein kleiner superharter Ball mit hoher Geschwindigkeit (bis 200 km/h) über große Entfernungen (150 m-200 m und mehr) geschlagen. Betreten der Spielbahnen bedeutet für Nichtgolfer Lebensgefahr. Der Golf-Club ist deshalb versicherungsrechtlich verpflichtet, diese Spielbahnen deutlich abzusichern. Das ist im August mit Schildern geschehen.

Die Praxis der letzten Wochenenden hat aber gezeigt, daß trotz der Warnschilder immer wieder ganze Gruppen die Spielbahnen plötzlich betreten, daß Reiter über die Bahnen reiten, ja sogar Pkw-Fahrer durch Baumlücken hindurch auf die Spielbahn fahren. Der Club hat deshalb zur Sicherheit der Besucher am Rand der Spielbahnen einen Sicherungs- und Markierungsdraht gezogen. Dieser Draht behindere an keiner Stelle den Spaziergänger auf den öffentlichen Wegen. Dieser Markierungsdraht ist, wie die Praxis zeigt, ein absolutes Erfordernis für die Sicherheit aller.

6. Bei jeglichen Sportstätten ist das Betreten des Spielfeldes nur den Spielern selbst gestattet – alle großen Sportstätten sind klar abgegrenzt. Es gibt hier wohl kein Sportgelände, das dem Spaziergänger so viele Wegemöglichkeiten bietet wie der Golfplatz.

7. Die Mitgliederzahl liegt bereits jetzt beim 20fachen der von Herrn Seemann geschätzten Zahl – wir rechnen mit dem 100fachen seiner Schätzung in den nächsten Jahren.

8. Der Vorstand des Golf-Clubs hat den Sportausschuß des Stadtrats zu einer Besichtigung des Geländes eingeladen. Ziel dieser Besichtigung ist es, diesem fachkundigen Kreis zu zeigen, daß alle Auflagen eingehalten wurden, und welche Maßnahmen zur Sicherheit der Spaziergänger unternommen sind.

9. Der Golf-Club hätte sich gewünscht, daß die behutsame Einpassung einer großen, zukunftsweisenden Sportstätte in das Gutshofgelände, die Säuberung und Aufarbeitung ungepflegter Teiche, Waldflächen, Gräben und brachliegender Felder, die Schaffung neuer Biotope, die umfangreichen Aufforstungsmaßnahmen, die korrekte Reparatur des denkmalgeschützten Gutshofs und seiner teilweise baufälligen Nebengebäude in verantwortungsvoller Eigenleistung ein kleines Lob erfahren hätte.

Unser Dank gilt all den Damen und Herren in Rat und Verwaltung, die uns bei dieser Aufgabe mit Rat und Tat unterstützten. Die Zeit wird beweisen, daß dieser Schritt für unsere Region wichtig und richtig war.

Der Vorstand des Golf-Clubs
Gutshof e. V.
Papenburg — Aschendorf
Wolf Jürgen Brickenstein

„Mit Füßen getreten . . .“

Wer am letzten Samstag das Schulfest des Gymnasiums Papenburg besuchte, konnte es hautnah miterleben, wie drei Mitglieder der Schüler-Union Papenburg versuchten, im Gebäude einen Infostand aufzubauen, und wie eine Gruppe Jungsozialisten darauf reagierte. Der Stand wurde mit ausgebreiteten Armen blokkiert. Ferner versuchte man, uns ganze Stapel von Flugblättern und Unterschriftenlisten zu entreißen, das alles begleitet von Anfeindungen in entsprechender Lautstärke. Daß es unter diesen Umständen unmöglich war, die Besucher an einem Stand zu informieren, läßt sich unschwer feststellen.

Es gelang später noch, die Flugblätter zu verteilen, indem wir einzeln durch das Gebäude gingen und die Besucher ansprachen; die geplante Unterschriftenaktion jedoch mußte aufgegeben werden.

Mancher Besucher wird sich vielleicht noch an das (grüne) Flugblatt erinnern, auf dem gefordert wurde, die Schule „Stauffenberggymnasium“ zu benennen und auf dem über Stauffenberg und das Hitler-Attentat informiert wurde.

Gewiß hat jedermann das Recht, eine andere Meinung zu haben als wir, und die Jusos sind gegen unseren Vorschlag. Was aber nachdenklich stimmen sollte, ist die Form, in der hier gegen eine abweichende Meinung vorgegangen wurde. Wieso dürfen wir nicht sagen, wofür wir eintreten? Wo ist das Recht auf freie Meinungsäußerung, eine der Säulen, auf denen unsere deutsche Demokratie steht? Demokratie, für die Leute wie Stauffenberg starben!

Was für ein Verständnis von Demokratie haben Leute, die eine andere Meinung offensichtlich nicht ertragen können und deren einziges Argument scheinbar die Gewalt ist? Das Flugblatt und auch unser Stand waren vorher von der Schulleitung ausdrücklich genehmigt worden.

Wir finden es schade, daß die Demokratie von Leuten unseres Alters, die einen demokratischen Dialog offenbar ablehnen, so mit Füßen getreten wird.

Der Vorstand der Schüler-Union Papenburg:
Keykhosrow Pousttchi
Michael Pasligh
Ulrich Voß

Ems-Zeitung 30.09.1988

OKTOBER 1988

Feldzug gegen die Jungsozialisten?

Zum Leserbrief »Demokratie-Verständnis« der Schüler-Union vom 27. September:

Der in dem Leserbrief dargestellte Ablauf einer Auseinandersetzung mit dem Info-Stand der Schüler-Union auf dem Schulfest des Gymnasiums Papenburg entspricht nicht den Tatsachen.

Gänzlich verschwiegen wird eine dem Stand vorausgegangene undemokratische und zudem illegale Aktion der Schüler-Union.

Vor Beginn des Schulfestes hatte die Schüler-Union ein Transparent mit der Aufschrift »Stauffenberg-Gymnasium« über dem Haupteingang der Schule befestigt. Die Versuche einiger Schülervertreter, mit den Verantwortlichen der Schüler-Union ins Gespräch zu kommen, scheiterten. Die Vertreter der Schüler-Union stellten sich taub und vergifteten die durch die Transparent-Aktion ohnehin schon angespannte Atmosphäre noch mehr. Nun erst entschlossen sich einige Schüler und Schülervertreter zu einer spontanen Blockade des Info-Standes, um auf diese Weise ihren Protest gegen das Vorgehen der Schüler-Union deutlich zu machen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß es sich dabei nicht – wie in dem Leserbrief behauptet wird – um eine Aktion der Jungsozialisten handelte.

Die Frage nach dem Demokratie-Verständnis kann sich doch nur an die Schüler-Union selbst richten. Sie hat nicht einen Versuch unternommen, mit der Schülervertretung, die sich schon längere Zeit mit der Namensgebung befaßt, eine sachliche Diskussion über den neuen Namensvorschlag zu beginnen.

Niemand spricht der Schüler-Union das Recht auf freie Meinungsäußerung ab. Das Vorgehen der Schüler-Union auf dem Schulfest stellt aber keinen sachlichen Beitrag zur Diskussion um die Namensgebung dar. Von Demokratie seitens der Schüler-Union kann hier keine Rede sein.

Die Tatsache, daß die Schülervertretung hintergangen werden sollte und berechtigte Proteste aufgebrachter Schüler und Schülerinnen als Sabotageakt der Jungsozialisten hingestellt werden, läßt Zweifel aufkommen, ob die Schüler-Union überhaupt einen sachlichen Beitrag zur Namensgebung leisten wollte. Ich habe vielmehr den Eindruck, daß es sich hier um politisch motivierte Aktionen, ein Feldzug gegen die Jungsozialisten handelt.

Michael Saalfeld
Hauptkanal links 24
Papenburg 1

„An die falsche Adresse“

Zum Leserbrief der Schülerunion (EZ vom 30. September) erhalten wir folgende Zuschrift:

Es geschah bereits mehrfach, daß Mitglieder der Schülerunion nicht zu unterscheiden wußten zwischen der SV (der gewählten Schülervertretung am Gymnasium Papenburg) und den Jungsozialisten. So richten sich beispielsweise die Vorwürfe der Gewalttätigkeit im Leserbrief gegen „eine Gruppe Jungsozialisten“. Der zudem gewaltfreie(!) Boykott ging aber von der Schülervertretung aus, da diese sich von einem ihrer Schülersprecher hintergangen fühlte.

Der Hintergrund des Boykotts ist folgender: Die SV hatte sich zum Ziel gesetzt, in der noch immer nicht abgeschlossenen Debatte um die Namensgebung am Gymnasium Papenburg aktiv zu werden. Man hatte sich demokratisch(!) in einer Abstimmung auf den Vorschlag „Carl-von-Ossietzky-Gymnasium“ mehrheitlich geeinigt. Zu diesem Zeitpunkt wurde von seiten der Schülerunion eine Diskussion um andere Vorschläge gemieden.

Jedoch am Samstag des Schulfestes erschien ein Flugblatt der Schülerunion unter besonderer Anstrengung eines Schülers, das einen Gegenvorschlag propagierte, ohne Gründe zu liefern, warum diese Wertung eines Naziwiderstandes vorgenommen wurde. Während die SV (nicht die Jungsozialisten) eine demokratische Basis hat – sie ist die gewählte Vertretung der Schülerschaft –, vertritt die Schülerunion lediglich die parteipolitischen Interessen der CDU. Da sie deshalb eine äußerst subjektive politische Gruppe ist (ebenso wie die Jungsozialisten), ist die Reaktion der SV-Vertreter verständlich, wenn auch nicht zu entschuldigen. 1. Der Vorwurf, die Jungsozialisten hätten ein falsches Demokratieverständnis, ist somit an die falsche Adresse gerichtet, und 2. ist das Vorgehen der Schülerunion auch nicht als sehr demokratisch einzustufen, da es der legal gewählten Vertretung, die über die Vorschläge zur Namensgebung unter Anwesenheit von Vertretern der Schülerunion debattiert und abgestimmt hat, in den Rücken fällt.

Mein letzter Kritikpunkt ist der, daß die parteipolitischen Machtkämpfe von der eigentlichen Diskussion ablenken. Inhalte werden in den Hintergrund gedrängt. Den Widerstand gegen das Naziregime darf man nicht werten, jedoch muß man sehen, welche Ziele der Widerstandskämpfer verfolgt hat und ob er demokratische Vorbildfunktion übernehmen könnte. Zum Abschluß: Ich bin Jungsozialist, jedoch kein Vertreter der SV!

Jens Strohschnieder, Papenburg, Jungsozialist

General Anzeiger 01.01.1988

Die Redaktion

„Diskussion nicht beendet“

Zum EZ-Bericht „Gymnasium Papenburg . . .“ vom 28. September erhielten wir folgende Leserzuschrift:

Die Darstellung, am Gymnasium Papenburg seien zwei Vorschläge zur Namensgebung der Schule – „Carl-von-Ossietzky-Gymnasium“ von den Jungsozialisten und „Stauffenberggymnasium“ von der Schülerunion – diskutiert worden, ist nicht richtig. Der Vorschlag „Carl-von-Ossietzky-Gymnasium“ wird zwar von den Jungsozialisten unterstützt, kam aber von der SV (Schülervertretung) und wurde dort schon im letzten Schuljahr diskutiert.

Die jetzige amtierende SV plant eine Vollversammlung zu diesem Thema (Carl-von-Ossietzky-Gymnasium), um den Vorschlag danach in der Gesamtkonferenz einzubringen. Einer der Schülersprecher, der gleichzeitig Vorsitzender der Schülerunion ist, hat nie einen Alternativvorschlag, wie z. B. „Stauffenberggymnasium“, in der SV vorgetragen. Die Aktion der Schülerunion auf dem Schulfest war nicht mit der SV abgesprochen, so daß niemand bis dahin etwas von dem Vorschlag wußte.

Der Name „Stauffenberggymnasium“ ist sowieso undiskutabel, da der Schulname einen Bezug zur Region haben muß, was in diesem Fall nicht gegeben ist. Wenn ein Name für unsere Schule diskutiert werden soll, so sollte dieser Name von der ganzen Schülerschaft, wie sie von der SV vertreten wird, getragen werden und nicht nur eine Gegenreaktion einer schulischen Minderheit, wie sie die Schülerunion darstellt, sein.

Die Darstellung, das Thema würde nicht weiter diskutiert werden, ist ebenfalls falsch. Die SV hat das Recht, das Thema (Carl-von-Ossietzky-Gymnasium) in die Gesamtkonferenz einzubringen, wo es dann diskutiert werden muß.

Markus Hockmann
(Schülersprecher)
Thomas Schulte
(Mitglied der SV)
Isern Porte 58
2990 Papenburg

SPD-Arbeitsgruppe Aschendorf gebildet

Desinteresse der Mitglieder beklagt

Aschendorf. – Mit dem Ziel, die SPD zu vergrößern, die Aufgaben für die Zukunft vor Ort zu erläutern und anzupacken, trafen sich die Aschendorfer Genossen unter Vorsitz von Hans Werner Gouterney im Kolpinghaus Aschendorf.

Da die Anzahl der erschienenen Genossen äußerst gering war, wurde von der Gründung einer Stadtteilgruppe vorerst abgesehen und ein Arbeitsteam aufgestellt. Zu den Aufgaben dieses Gremiums, bestehend aus Engelbert Jansen, Klaus Dieter Plenter, Axel Wichmann und Hermann Wilken sowie Hans Werner Gouterney, zählt zu erforschen, warum die Aschendorfer Mitglieder nicht zu ihrer Partei stehen. Als ein Grund wurde bereits herausgearbeitet, daß die Selbständigkeitsbestrebungen Aschendorfs dafür verantwortlich seien, da der Ortsverein sowie die gewählten Vertreter dieses Ziel nicht verfolgten.

Übereinstimmung herrschte in der Aussage, daß eine Entscheidung für die Selbständigkeit Aschendorfs „keine Entscheidung der Vernunft, sondern eine reine politische Entscheidung ist“. Die Landes-FDP stehe durch ihr Wahlversprechen im Wort. Durch das Vorsichherschieben der Abstimmung sei sie jedoch unglaubwürdig geworden, und es entstehe der Eindruck, als wollte sie, ohne sich festlegen zu müssen, sauber aus dieser Sache herauskommen, hieß es weiter seitens der SPD.

Weitere Aufgabe des Gremiums wird es sein, die Kommunikation unter den Aschendorfer Genossen zu fördern, um Meinungsbildung vor Ort zu betreiben und Vorhaben der Partei transparent zu machen. Erklärtes Ziel ist es, Mitglieder aus allen Straßen- und Siedlungteilen als Ansprechpartner zu motivieren. Um dieses zu erreichen, sei es erforderlich, daß eine Werbekampagne in Aschendorf durchgeführt werde. „Wir brauchen Frauen und Männer, die zu ihrer Meinung stehen und eventuell auch bereit sind, sich bei den nächsten Wahlen zur Verfügung zu stellen, um politische Verantwortung in den Räten zu übernehmen“, formulierten die Aschendorfer Genossen.

Am Montag, dem 10. Oktober, um 20 Uhr findet im Kolpinghaus Aschendorf eine öffentliche Versammlung statt, zu der alle Genossen und Aschendorfer Bürger eingeladen sind.

SPD-Fraktion lädt ein

Papenburg. – Die SPD-Ratsfraktion der Stadt Papenburg lädt alle Bürger von Friederikenstraße, Nostenbusch und Bülte zu einem Informationsgespräch ein. Die Themen sind u. a.: Verkehrsberuhigung, Konsequenzen aus einer evtl. Selbständigkeit Aschendorfs, Gestaltungsplanungen um die Aschendorfwegschule, die Weiterentwicklung des Baugebietes und ihre Straßenanbindung. Die Anwohnerversammlung ist am Donnerstag, 6. Oktober, um 19.30 Uhr in der Gaststätte Schröder.

Ems-Zeitung 05.10.1988

SPD gegen Tiefflüge

PAPENBURG. Eine umfangreiche Tagesordnung hatte jüngst der neugewählte Ortsvorstand der Papenburger SPD auf seiner ersten Sitzung zu bewältigen. Aufgabenverteilung der Vorstandsmitglieder, Organisation der Arbeit, Arbeitsplan und Perspektiven für die nächsten zwei Jahre sowie drei Entschließungsanträge mußten diskutiert werden.

Im Mittelpunkt der politischen Arbeit der SPD wird in den nächsten zwei Jahren u. a. die Aufarbeitung des Wahlprogramms zu den letzten Kommunalwahlen stehen. Sie wird sich weiterhin für eine Drogen- und AIDS-Beratungsstelle, ein Amt für Umwelt- und Immissionsschutz und für eine Gleichstellungsstelle für Frauen einsetzen.
Als weitere Schwerpunkte nannte der neue Vorsitzende Peter Raske die Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes, die Überprüfung der Situation Behinderter bezüglich der baulichen Gegebenheiten öffentlicher Gebäude und die Unterstützung aller Initiativen und Vereine, die sich für eine saubere Umwelt einsetzen. Einstimmig wandte sich der Vorstand gegen Tiefflüge in unserer Region und forderte ein Verbot aller militärischen Tiefflüge über besiedelten Gebieten.

Diskutiert wurde zudem die künftige Eigenbeteiligung der Träger bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), die bei 10 bis 20 Prozent liegen werden. Für die hiesige Region mit einer weit überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit ist dabei wohl ein erheblicher Rückgang der ABM-Beschäftigten zu befürchten, heißt es in der Pressemitteilung der Sozialdemokraten. Die SPD erwartet in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung Überlegungen zur Errichtung eines zweiten Arbeitsmarktes und dessen Finanzierung außerhalb der Bundesanstalt für Arbeit.

Von der niedersächsischen Landesregierung sind in den vergangenen Wochen Hochtemperaturmodulreaktoren ins Gespräch gebracht worden. Der Papenburger SPD-Vorstand lehnt den Einsatz dieser Reaktoren grundsätzlich ab. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie sei es nicht vereinbar, solche Kleinkraftwerke zu errichten. Die Stadt Papenburg wird in diesem Zusammenhang dazu aufgefordert, bei einer Nutzung der alten Meyer-Werft oder anderer Gebäude, die in Eigentum oder Nutzung der Stadt übergehen, die Strom- und Energieversorgung in Sonnenenergie oder Windkraft einzubeziehen.

Von Haus zu Haus 05.10.1988

JUSO AG

Papenburg. – Die JUSO AG Papenburg trifft sich am Montag, 10. Oktober, um 19 Uhr in der Gaststätte „Zum Goldenen Anker" am Mittelkanal. Diskutiert werden soll unter anderem, ob die Papenburger Innenstadt behindertengerecht ist. Hierzu soll eine Informationsveranstaltung zusammen mit dem Lukasheim geplant werden. Außer den Jungsozialisten sind auch alle anderen interessierten Jugendlichen herzlich eingeladen.

Ems-Zeitung 10.10.1988

Bürgersprechstunde

Papenburg. – In Zukunft wird jeden Donnerstag von 17 bis 18 Uhr im Parteibüro der SPD, Hauptkanal links 39, 2990 Papenburg, eine Bürgersprechstunde stattfinden. Während dieser Zeit ist ein SPD-Ratsherr oder ein SPD-Kommunalpolitiker im Parteibüro, um auf Fragen und Wünsche aus der Bevölkerung an die SPD-Kommunalpolitik einzugehen. Die SPD-Politiker sind auch während dieser Zeit telefonisch unter der Telefonnummer 0 49 61/46 58 zu erreichen. – Am Donnerstag, dem 13. Oktober, von 17 bis 18 Uhr wird bei der Bürgersprechstunde Peter Raske, der neue Ortsvereinsvorsitzende, anwesend sein, um u. a. Auskunft über die Vorstellungen der SPD zur Kommunalpolitik in Papenburg zu geben.

Von Haus zu Haus 10.10.1988

Papenburg oder Aschendorf? SPD: Umfrage im Grenzbereich

Tempo 50 für Friederikenstraße gefordert - Bürgerversammlung

Papenburg (rem). — Eine schriftliche Bürgerbefragung soll klären, ob die Anwohner der Bülte, Nostenbusch und der Friederikenstraße bei einer eventuellen Selbständigkeit Aschendorfs zu Papenburg oder zu Aschendorf gehören wollen. Dies ist das Ergebnis einer Anwohnerversammlung, zu der die SPD-Ratsfraktion der Stadt Papenburg 15 interessierte Bürger in der Gaststätte Schröder begrüßen konnte.

Fraktionsvorsitzender Roland Seemann machte zu Beginn deutlich, daß es sich bei der Frage der Selbständigkeit Aschendorfs um ein „Spiel um die Macht" handele. 16 Gemeinden habe die FDP eine Korrektur versprochen. Aschendorf habe wegen des überdurchschnittlich guten Wahlergebnisses für die FDP besonders gute Chancen, meinte der Politiker. Er wolle sich, so Seemann, als Vertreter des Grenzbereichs Nostenbusch, Bülte und Friederikenstraße im Rat, einen Eindruck darüber verschaffen, ob die Anwohner des Gebiets eher zu Papenburg oder zu Aschendorf gehören wollen.

Mehrheitlich tendierten die Bürger zum Bestehen der jetzigen Verhältnisse. „Schulisch und kirchlich sind wir Papenburg zugeordnet, warum sollen wir jetzt auf einmal zu Aschendorf gehören?", fragte eine Anwohnerin. Eine schriftliche Befragung soll Ende Oktober/Anfang November das Stimmungsbild aller Anwohner wiedergeben. Ortsbürgermeister Michael Goldmann unterstrich, daß die FDP in den Grenzbereichen kompromißbereit sei. Er machte jedoch deutlich, daß die Aschendorfer FDP ihre Entscheidung nicht von 200 Leuten abhängig mache.

Weiteres Anliegen der Anwohner war eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Friederikenstraße. Es könne die Raserei nicht weiter hingenommen werden, da die Lärmbelästigung zu groß sei. Auch die Unfallrate, die zwar gesunken, aber immer noch zu hoch sei, zwinge zu weiteren Maßnahmen. Die Anwohner fordern deshalb eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 Stundenkilometer für die Friederikenstraße bis zur Gast-

Ems-Zeitung 10.10.1988

Aschendorfs Genossen wollen den Schulterschluß

Enttäuschung über Passivität der SPD-Mitglieder

ASCHENDORF. Mit dem Ziel, die SPD in Aschendorf zu vergrößern, die Aufgaben für die Zukunft vor Ort, also in Aschendorf, zu erläutern und anzupacken, haben sich jetzt die Aschendorfer Sozialdemokraten unter Vorsitz von Hans Werner Gouterney im Kolpinghaus Aschendorf getroffen.

Enttäuschend sei, wie mitgeteilt wird, die Anzahl der erschienenen Genossen gewesen, so daß von der Gründung einer Stadtteilgruppe vorerst abgesehen und ein Arbeitsteam aufgestellt wurde.

Zu den Aufgaben dieses eingesetzten Gremiums, das aus Engelbert Jansen, Klaus-Dieter Plenter, Axel Wichmann, Hermann Wilken und Hans Werner Gouterney besteht, gehöre die Antwort auf die Frage, warum Aschendorfer Mitglieder nicht zu ihrer Partei stünden.

Als ein Grund wurde bereits herausgestellt, daß die Selbständigkeitsbestrebungen Aschendorfs dafür verantwortlich seien, da der Ortsverein und die gewählten Politiker dieses Ziel nicht verfolgen.

Übereinstimmung herrschte in der Aussage, daß eine Entscheidung für die Selbständigkeit Aschendorfs keine Entscheidung der Vernunft, sondern eine rein politische sei, da die Landes-FDP durch ihr Wahlversprechen im Wort stehe. Durch das Vorsichherschieben der Abstimmung sei sie unglaubwürdig geworden und es entstehe der Eindruck, als wolle sie, ohne sich festlegen zu müssen, sauber aus dieser Sache herauskommen.

Weitere Aufgaben würden sein, die Kommunikation unter den Aschendorfer Genossen zu fördern, um Meinungsbildung vor Ort zu betreiben sowie Vorhaben der Partei zu besprechen und transparent zu machen. Erklärtes Ziel sei es, Mitglieder aus allen Straßen- und Siedlungsteilen zu motivieren. Sie seien Ansprechpartner, um Probleme an die Politiker weiterzugeben, die dann über ihre Schiene an die Lösung herangehen könnten. Um das zu erreichen, sei es erforderlich, daß eine Werbekampagne in Aschendorf durchgeführt wird, um motivierte Mitglieder für die Parteiarbeit zu bekommen. Am Montag findet um 20 Uhr im Kolpinghaus Aschendorf eine öffentliche Versammlung statt, zu der alle Sozialdemokraten und Aschendorfer Bürger eingeladen sind, die sich zur SPD bekennen und zum Wohle Aschendorfer Bürger mitarbeiten wollen, heißt es in der Pressemitteilung.

Von Haus zu Haus 12.10.1988